Beschluss	Zur Weiterleitung an: Landrat Michael Busch, Oberbürgermeister Norbert Kastner, SPD-Fraktion im Kreistag Coburg, SPD-Fraktion im Stadtrat Coburg, Vorsitzende der SPD-Ortsvereine im Landkreis und der Stadt Coburg, SPD-Kreisvorstand Coburg-Land, SPD-Stadtverbandsvorstand Coburg-Stadt, Jusos Coburg/Kronach, Jusos Coburg-Stadt

Kein Flugplatzneubau im Landkreis Coburg!

Einstimmig beschlossen

von der Mitgliederversammlung der Jusos Coburg-Land am 17.05.2010:

Die Jusos Coburg-Land sprechen sich entschieden gegen einen Flugplatzneubau im Landkreis Coburg aus. Wir fordern daher die EntscheidungsträgerInnen der SPD in Stadt und Landkreis Coburg auf, gegen ein solches Vorhaben zu stimmen.

Einen BürgerInnenentscheid zu diesem Thema – wie von Landrat Michael Busch vorgeschlagen – würden die Jusos im Landkreis Coburg ausdrücklich begrüßen. Im Falle eines solchen BürgerInnenentscheids werden die Jusos Coburg-Land an der Seite der FlugplatzgegnerInnen stehen und sich aktiv in den „Wahlkampf“ einbringen.

Ferner unterstützen die Jusos Coburg-Land das Vorhaben, Gutachten (z. B. zum real vorhandenen Bedarf für einen Neubau) außerhalb eines Planfeststellungsverfahrens einzuholen. Ein Planfeststellungsverfahren hat nicht den Zweck die Sinnhaftigkeit eines Bauprojekts zu prüfen, sondern dient lediglich der Erlangung des Baurechts. Wir gehen davon aus, dass unabhängige Gutachten unsere ablehnende Haltung gegenüber einem Flugplatzneubau im Landkreis Coburg weiter untermauern werden.

Begründung:

Nach aktuellem Stand läuft die Ausnahmegenehmigung, die den Instrumentenflugverkehr am Flugplatz Brandensteinsebene derzeit ermöglicht, zum 31.12.2010 aus. Das Bundesverkehrsministerium hat verlauten lassen, dass unter den derzeitigen Gesichtpunkten eine Verlängerung der Ausnahmegenehmigung nicht möglich ist. Der Flugbetrieb nach Sichtflugregeln ist von dieser Tatsache jedoch nicht betroffen. Nichtsdestotrotz wird vor allem vonseiten einiger (weniger) WirtschaftsvertreterInnen ein Flugplatzneubau im Landkreis Coburg gefordert. In diesem Fall soll – so die Vorstellung der BefürworterInnen – die Ausnahmegenehmigung für die Brandensteinsebene bis zur Fertigstellung des neuen Flugplatzes verlängert werden. Ein durchgeführtes Raumordnungsverfahren hat mit Neida (Gemeinde Meeder), Gossenberg (Gemeinde Großheirath) und Bieberbach (Gemeinde Sonnefeld) drei mögliche Standorte auf ihre Tauglichkeit geprüft. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieses Verfahrens hat sich die Diskussion um einen Neubau auf den Standort Neida eingeschränkt, der als der Geeignetsten angesehen wird.

Ohne Zweifel wäre die Genehmigung für den Instrumentenflug ein Vorteil für die lokale Wirtschaft. Es stellt sich allerdings die Frage, wie groß dieser Vorteil wirklich wäre und mit welchen Nachteilen ein Neubau verbunden ist. Die folgende Begründung erhebt sicherlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll lediglich kurz einige wesentliche Fakten skizzieren, die die Jusos Coburg-Land dazu veranlasst haben, sich gegen einen Flugplatzneubau im Landkreis Coburg zu entscheiden.

Bereits im Landratswahlkampf 2008 hat unser heutiger Landrat Michael Busch (SPD) sich gegen einen Flugplatzneubau ausgesprochen. Diese - wie wir finden - richtige Wahlaussage, hat nach wie vor Gültigkeit. Die Argumentation „das war die Aussage des Landratskandidaten und nicht die der SPD“ können wir nicht nachvollziehen. Die Wählerinnen und Wähler unterscheiden nicht zwischen Landrat und Kreistagsfraktion. Für die BürgerInnen sind wir alle eine Partei. Ein der Wahlaussage entgegengesetztes Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion, würde in der Wahrnehmung Vieler dem Bruch eines elementaren Wahlversprechens gleichkommen. Zusätzlich herrscht innerhalb der SPD-Ortsvereine im Bezug auf den Neubau zumeist Ablehnung. Einige Ortsvereine haben sogar offizielle Beschlüsse gefasst, die sich gegen das Vorhaben aussprechen. Die SPD-Kreistagsfraktion muss daher auch das Stimmungsbild der eigenen Basis bei ihrer Entscheidung berücksichtigen.

Neben diesen parteipolitischen Gründen gibt es natürlich auch handfeste inhaltliche Argumente, die klar gegen einen Neubau sprechen. So darf nicht vergessen werden, dass sich in unmittelbarer Nachbarschaft zum möglichen Standtort Neida die Kurregion Bad Rodach befindet. Der Motorenlärm der Flugzeuge könnte sich negativ auf die Entwicklung des dortigen Tourismus auswirken. Natürlich würde auch die Lebensqualität der AnwohnerInnen durch die Lärmbelästigung sinken. Wer einen Flugplatzneubau fordert muss folglich auch bereit sein zu dulden, dass dieser vor der eigenen Haustür entsteht. Wir stehen solidarisch auf der Seite der AnwohnerInnen und der Stadt Bad Rodach sowie der Gemeinde Meeder. Für letztere ist aufgrund des großen Anteils der landwirtschaftlich genutzten Flächen auch die mögliche Flächenversiegelung ein entscheidender Faktor, der gegen den Neubau spricht. Die zugewiesenen Ausgleichflächen sind für viele LandwirtInnen meist keine ernstzunehmende Alternative.

Davon abgesehen hat die Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Coburg eine Umfrage unter den Unternehmen aus der Region durchgeführt. In dieser Umfrage sprechen sich 31 Unternehmen für eine „zukunftsfähige Luftverkehrsanbindung“ aus. Wie allerdings bereits kurz danach bekannt wurde, benötigt kaum eines der genannten Unternehmen wirklich selbst einen Flugplatz. Hier spricht auch die bisherige Nutzung des Flugplatzes Brandensteinsebene eine eindeutige Sprache. Schließlich wird der Flugplatz bisher nahezu ausschließlich von SportpilotInnen genutzt. Der Geschäftsflugverkehr stellt nur einen marginalen Anteil an den Starts- und Landungen.

Im direkten Zusammenhang zur Nutzungshäufigkeit stehen auch die zu erwartenden Kosten. Ein Planfeststellungsverfahren, wie es derzeit von einigen angestrebt wird, würde wohl zwischen 1,5 und 2,0 Millionen Euro kosten. Diese Kosten sollen sich die Stadt Coburg, der Landkreis Coburg und eine Auswahl von lokal ansässigen Unternehmen aufteilen. Ein Planfeststellungsverfahren hat allerdings eindeutig den Zweck einen Bau vorzubereiten, weshalb die daraus entstehenden Kosten in die Betrachtung mit einzogen werden müssen. Der Bau würde wohl ca. 40 Millionen Euro kosten, wobei wir uns hier noch im Bereich von Spekulationen bewegen und Schätzungen nur anhand von vergleichbaren Flugplätzen (z. B. Hof-Plauen) möglich sind. In der Vergangenheit haben die Unternehmen, die sich jetzt noch am Planfeststellungsverfahren beteiligen wollen, bereits signalisiert, dass sie die Baukosten nicht (mit)tragen möchten. Auch wie das zu erwartende jährliche Defizit des Betriebs von etwa 1,5 bis 1,7 Millionen Euro (orientiert an Hof-Plauen) getragen werden soll, ist nicht geklärt. Es ist daher abzusehen, dass sowohl die Baukosten als auch das Betriebsdefizit von den öffentlichen Haushalten getragen werden muss. Der Landkreis Coburg kann derartige Investitionen nicht schultern – dazu genügt bereits ein Blick in die aktuelle Haushaltsplanung. Die Stadt Coburg hatte in der Vergangenheit zwar einen größeren finanziellen Spielraum, wobei die Finanzkrise dazu geführt hat, dass selbst in der Stadt Coburg mittlerweile eine Sparkommission eingesetzt wurde, die jede einzelne Investition auf Einsparmöglichkeiten untersucht. Die Mittel müssten also über neue Einnahmequellen erschlossen werden – beispielsweise durch die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes. Stellt sich aber die Frage, ob ein solches Vorgehen wirtschaftsfreundlicher wäre, als komplett auf einen Neubau zu verzichten. Mit der Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes, werden nämlich auch Unternehmen belastet, die keinerlei Verwendung für einen neuen Flugplatz haben. Ferner zeigt das Beispiel Hof-Plauen, dass ein Flugplatz nicht das Mittel ist, mit dem die Region wirklich substanziell gestärkt werden kann. Hof ist nach wie vor vom Bevölkerungsrückgang betroffen, während die Kosten des Flugplatzes die öffentlichen Haushalte schwer belasten und sinnvolle soziale Ausgaben unmöglich machen.

Das häufig gehörte Argument der FlugplatzbefürworterInnen, ist ein möglicher Abbau von Arbeitsplätzen in der Region, wenn der Instrumentenflugverkehr nicht mehr gewährleistet ist. Wie ist es dann zu erklären, dass sich große Industrieunternehmen, die wesentlich mehr Flugreisen zu verzeichnen haben, trotzdem in Großstädten wie München ansiedeln? Von der Münchner Innenstadt bis zum Flughafen müssen die UnternehmensvertreterInnen auch hier Fahrtzeiten von bis zu einer Stunde auf sich nehmen (je nach Verkehrsmittel und Verkehrsfluss). Durch die inzwischen fertig gestellte Autobahn A73 sind die Flughäfen Nürnberg und Erfurt von Coburg aus bequem und schnell zu erreichen. Verbessert wird diese Anbindung noch, sobald der ICE-Halt Coburg – wie von der Deutschen Bahn AG versprochen – realisiert wird.

All diese Gründe sprechen klar gegen einen Flugplatzneubau im Landkreis Coburg. Ein Planfeststellungsverfahren ist somit überflüssig und wäre nur mit unnötigen Kosten verbunden. Trotzdem könnte sich die Notwendigkeit ergeben eine derart prägende Entscheidung auf eine breitere Basis zu stellen. Wir unterstützen daher die Pläne des Landrats Michael Busch einen

BürgerInnenentscheid vom Kreistag zu initiieren. Es ist schon heute absehbar, dass sowieso ein BürgerInnenbegehren mit anschließendem BürgerInnenentscheid angestrengt wird. Eine gegenteilige Annahme ist aufgrund der Intensität der Diskussionsführung nicht realistisch. Im Falle eines BürgerInnenentscheids, werden die Jusos Coburg-Land ihr Haltung – sollte sich die Entscheidungsgrundlage nicht unerwarteter Weise wesentlich ändern – beibehalten und an der Seite der GegenerInnen eines Flugplatzneubaus im Landkreis Coburg stehen.